



Reformen für eine marktwirtschaftliche Energieordnung

Wie Anreize, Pragmatismus und Wettbewerb dafür sorgen, dass Strom aus Erneuerbaren Energien und Netze dort entstehen, wo sie gebraucht werden

Autoren: Marvin Randig, Dr. Niclas Wenz
Projektkoordination: REPUBLIK21 e.V.
Auftraggeber: Heimatwurzeln e.V.

Die Bilanz deutscher Energiepolitik ist 35 Jahre nach dem ersten Stromeinspeisungsgesetz und 25 Jahre nach dem EEG ernüchternd. Um das Ausbauziel für Erneuerbare Energien für 2030 von 41 % zu erreichen, ist eine Vervierfachung der aktuellen Ausbaugeschwindigkeit nötig. Ein „Weiter so“ mit kleinen Anpassungen wird also nicht genügen. Deutschland braucht eine effektive CO₂-Minderung zu geringeren Kosten. Die Studie betont, dass der bisherige Weg die falschen Steuerungsimpulse setzt. Es wird gezeigt, wie bis zu 570 Mrd. € bis 2045 eingespart werden können. Dies ist möglich, ohne europäische CO₂-Minderungsziele abzusenken, wenn der europäische Emissionshandel nicht politisch aufgeweicht wird, etwa indem die Emissionsobergrenze oder die freie Preisbildung abgeschwächt wird.

Aktuell:

- < 25 % erneuerbare Energien am Bruttoendenergieverbrauch
- > 100 Mrd. € Kosten durch die Energiepolitik jedes Jahr: EEG, Netzbetrieb, Netzinvestitionen und KTF
- Teuerster Haushaltsstrom aller G20-Staaten (mehr als doppelt so hoch wie der G20-Schnitt; Verivox 2026). Nicht-Haushaltsstrompreis unter den drei teuersten in der EU (Eurostat 2026, Daten H2 2025)
- nur 3 % Vertrauen in die Klima- und Umweltpolitik in der bürgerlichen Mitte (SINUS 2025)

Ein „Weiter so“ kostet über 100 Mrd. € pro Jahr

Klima- und Transformationsfonds (KTF), Netzinvestitionen und -betrieb sowie die EEG-Umlage verursachen jährliche Kosten in Höhe von 100 Mrd. €. Förderprogramme werden isoliert gesteuert, wodurch Ressourcen ineffizient verteilt und Investitionen teils doppelt gefördert werden. Aus institutionenökonomischer Sicht sind vor allem die Ausgaben zu kritisieren, die durch fehlende effiziente Anreizstrukturen, hohe Transaktionskosten, Allokationsverluste aus unkoordinierter Mittelvergabe und die Ausnutzung von Marktmacht entstehen.

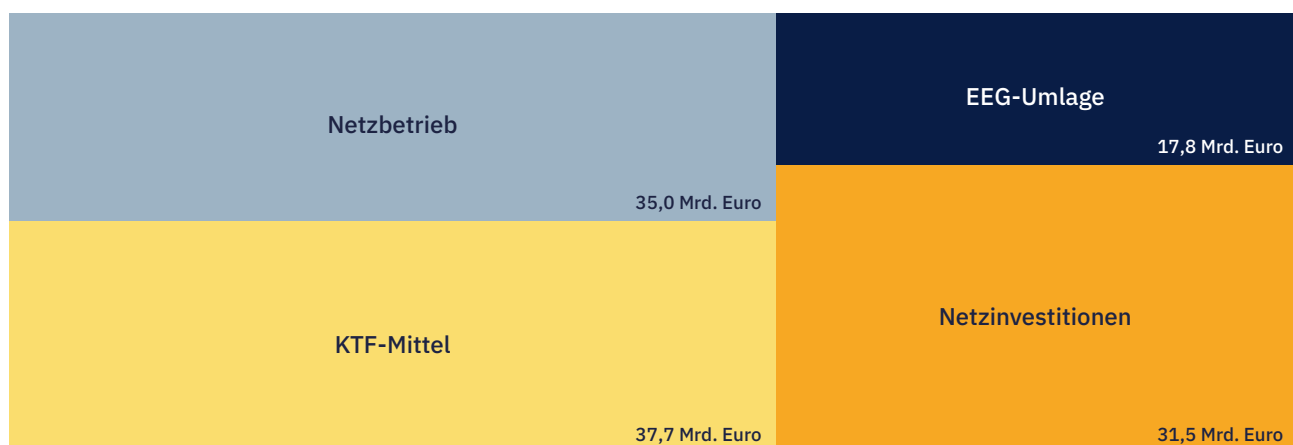


Abb. 1: Jährliche Gesamtkosten (Durchschnitt 2025-2029) im Szenario „Weiter so“ in Mrd. € pro Jahr

EEG-Förderung (ca. 18 Mrd. €)

Seit Einführung des EEGs kumulieren sich die Kosten auf 250 Mrd. €. Es garantiert feste Einspeisetarife und Mindest-erlöse über 20 Jahre und deckt laufende Betriebskosten. Dadurch werden aber Investitionen von der Systemeffizienz entkoppelt. Der Ausbau erfolgt nach einer „Produce-and-Forget“-Logik. Investitions- und Standortentscheidungen fallen weitgehend unabhängig davon, ob und wo der Strom gebraucht wird. Rund 10 Mrd. € jährlich fließen aktuell in PV-Dachanlagen, obwohl diese sich bei heutigen Amortisationszeiten selbst tragen. Weil sie gebündelt zur Mittags-spitze einspeisen, fallen dann die Preise an der Strombörse. Die staatliche Kompensation bleibt damit trotz sinkender Fördersätze hoch und steigt mit jedem Zubau weiter. Im Ergebnis fließt etwa die Hälfte der EEG-Förderung in kaum ein Zehntel der gesamten Stromerzeugung.

Netzinvestitionen und Netzbetrieb (ca. 31,5 Mrd. € und ca. 35 Mrd. €)

Knapp 630 Mrd. € Netzinvestitionen sind bis 2045 nötig, refinanziert über die Netzentgelte und daher nicht additiv zum Netzbetrieb. Die jährlichen Netzkosten steigen in diesem Zeitraum mindestens von 37 auf 79 Mrd. €. Schon heute machen Netzentgelte bei Haushalten und Gewerbe rund 30 % der Stromkosten aus. Hinzu kommt, dass über 850 Verteilnetzbetreiber Personal- und Pensionskosten sowie Doppelstrukturen verursachen, ohne dass wirksame Anreize zu mehr Effizienz bestehen. Wo im Norden mehr Strom erzeugt wird, als die Leitungen transportieren können, müssen Anlagen abgeregelt und Kraftwerke im Süden ersatzweise hochgefahren werden. Dieses Gegensteuern (Redispatch) betraf 2024 über 17 TWh und kostet seit 2022 jährlich 2 bis 3 Mrd. € an Reparaturkosten eines Planungsfehlers.

KTF-Förderprogramme (ca. 37–40 Mrd. €)

Fragmentierung, technologiespezifische Förderungen und hohe Antragsbürokratie treiben die Transaktionskosten. Der eingesetzte Euro zur Reduzierung der CO₂-Emissionen verliert dadurch erheblich an Wirkung. Die Mittel des Klima- und Transformationsfonds stammen aus der nationalen CO₂-Bepreisung (16,7 Mrd. € in 2026) und dem europäischen CO₂-Handel (4,3 Mrd. €); hinzu kommen 10 Mrd. € aus dem schuldenfinanzierten Sondervermögen SVIK. Allerdings ist im Stromsektor der zusätzliche Beitrag dieser Programme zur Emissionsminderung häufig begrenzt, wenn dieselben Emissionen bereits dem Emissionshandel unterliegen.

Kostensensibler Klimaschutz in vier Reformen

Bis zu 570 Milliarden Euro lassen sich bis 2045 einsparen, ohne die CO₂-Minderungsziele abzusenken. Voraussetzung ist, dass der Emissionshandel nicht politisch geschwächt wird.

210	125 – 190	35 – 70	100
Ende der EEG-Betriebskostenförderung	Effiziente Netzinvestitionen	Effizienterer Netzbetrieb	Abbau der KTF-Förderprogramme

Abb. 2: Kumulierte Einsparungen bis 2045 gegenüber dem Szenario „Weiter so“, in Mrd. Euro; Reform 2 und 3 wirken gemeinsam auf die Netzkosten; die Studie nennt für beide zusammen 160 bis 260 Mrd. Euro.

Knapp ein Drittel der vier betrachteten Kostenquellen kann gespart werden. Die Einsparungen entstehen nicht durch geringere Investitionen, sondern durch das Auslaufen einer überflüssigen Subvention (EEG), Effizienzgewinne im Netz und den Verzicht auf schuldenfinanzierte Zuschüsse für den KTF. Die vier Reformpfade stehen nicht isoliert für sich, sondern greifen ineinander. Sie setzen bei den Ursachen der heutigen Ineffizienz an und schaffen einen Rahmen, in dem Marktmechanismen wieder wirken können.

Reformpfad	Kern der Massnahme	Einsparpotenzial bis 2045
EEG	Die Betriebskostenförderung für neue Anlagen läuft aus. Erlöse kommen von der Börse, aus langfristigen Lieferverträgen (PPAs) oder aus dem Eigenverbrauch. Für Flexibilität und Speicher entstehen neue Geschäftsmodelle, politische Ausbauziele werden überflüssig.	210 Mrd. €
Netzentgelte	Lokale Signale durch zweiseitige, dynamisch und regional differenzierte Entgelte. Auch Einspeiser zahlen, die Arbeitspreise folgen im 15-Minuten-Takt der Netzauslastung, und wo Strom fehlt, wird Einspeisung mit negativen Entgelten belohnt.	bis zu 260 Mrd. €
Anreizregulierung	Wirksame Output-Steuerung: Schneller Netzanschluss, Digitalisierung, Flexibilität und Resilienz werden über Zu- und Abschläge auf die Erlösobergrenze honoriert. Konzessionen werden rein preisbasiert versteigert.	
KTF	Die Einnahmen aus der CO ₂ -Bepreisung gehen unbürokratisch zurück an Bürger und Unternehmen: 8 Mrd. € Strompreiskompensation, 10 Mrd. € für niedrigere Stromsteuer und Abgaben, 10 Mrd. € Bürgerdividende (120 € pro Kopf und Jahr). Keine zusätzlichen Mittel aus Schulden.	100 Mrd. €

Achtung: Das Reformfenster schließt sich bereits 2028

Zwei gesetzgeberische Anlässe stehen derzeit offen. Dieses Reformfenster schließt sich jedoch schrittweise bis 2028: Die von Brüssel getriebene EEG-Novelle 2027 muss den künftigen Ausbau neu regeln. Die Revision erlaubt es, die Betriebskostenförderung marktwirtschaftlich umzubauen. Die bis Ende 2028 fällige Überarbeitung der Netzentgeltverordnung (StromNEV) ermöglicht die Einführung dynamischer Netzentgelte, wenn die Bundesnetzagentur den laufenden AgNES-Prozess dafür nutzt. Andernfalls verzögern sich beide Reformen um Jahre.



Fazit

Die vorgeschlagene Energieordnung ist die marktwirtschaftliche Weiterentwicklung der Energiewende: gleiche Emissionsreduzierung zu geringeren Kosten, höhere Resilienz und eine Energiepolitik, die ökonomisch tragfähig und gesellschaftlich mehrheitsfähiger ist. Voraussetzung ist, dass der europäische Emissionshandel seine Obergrenzen und die freie Preisbildung behält.



Link zur Studie

heimatwurzeln.de/publikation/reformen-fur-eine-marktwirtschaftliche-energieordnung/

Quellen

Eurostat (2026): Non-household electricity prices in 2nd half of 2025: -3.5%. Artikel vom 8. Mai 2026. Eurostat. Verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20260508-2> (zuletzt abgerufen: 30.08.2026).

SINUS Institut (2025): Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu Umwelt- und Klimaschutz sowie zur politischen Teilhabe. Studie im Auftrag von Heimatwurzeln e.V. Bonn: Heimatwurzeln e.V.

Verivox (2026): Verbraucher-Atlas: weltweite Strompreise. Verivox. Verfügbar unter: <https://www.verivox.de/strom/verbraucheratlas/strompreise-weltweit> (zuletzt abgerufen: 30.08.2026).

Über die Studie

Die Studie von Marvin Randig und Dr. Niclas Wenz wurde koordiniert von REPUBLIK21 e.V. und entstand im Auftrag von Heimatwurzeln e.V. Veröffentlicht im September 2026, Zahlen u. a. nach BNetzA, BDEW, Agora Energiewende, Frontier Economics, Leipziger Institut für Energie/r2b, Deutscher Bundestag und SINUS. Sie nimmt eine ökonomische Analyse des klimazielkonstanten Einsparpotentials vor unter der Prämisse, dass die Kernelemente des europäischen Emissionshandel nicht politisch aufgeweicht werden.

REPUBLIK21 e.V. – Denkfabrik für neue bürgerliche Politik steht für eine marktwirtschaftliche, technologieoffene und international koordinierte Energiepolitik, in der drei Elemente – Markt, Technologieoffenheit und internationale Koordination – zu Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit beitragen.

Heimatwurzeln e.V. arbeitet für bürgerlichen Klimaschutz und bringt die Perspektive der lokalen Praxis ein. Die Sicht von Bürgern, Unternehmern und Kommunalpolitikern ist für eine bürgerliche Energiepolitik sowie für pragmatische, digitale und lokale Lösungen der Energieversorgung elementar. Erst das Zusammenspiel von Regel- und Handlungsebene schafft die Grundlage für eine tragfähige Energieordnung.